

Redebeitrag für die Kundgebung vor dem Bundeswehr-Showroom am 8. Februar 2016

Laut einem Bericht des SPIEGEL könnten bis zu 200 deutsche Soldatinnen und Soldaten in wenigen Monaten libysche Militärs ausbilden. Eine solche Mission gegen die Ausbreitung des „Islamischen Staates“ werde gemeinsam mit italienischen Militärangehörigen durchgeführt. Vorbild seien Ausbildungsmaßnahmen für „Kurden im Norden des Irak“.

Dem SPIEGEL zufolge könnte die Ausbildung libyscher Militärs „aus Sicherheitsgründen“ vorerst in Tunesien stattfinden. Damit wird unmissverständlich klar, dass die Bundesregierung die Fortsetzung der zivil-militärischen EU-Mission EUBAM Libyen befürwortet, diese aber zunächst nach Tunesien verlagert. EUBAM steht für „EU Border Assistance Mission“, also Beihilfe zur Grenzsicherung.

Zur Erinnerung:

In Libyen hat die Europäische Union jene marodierenden Milizen ausgebildet, die in der gegenwärtigen Krise zu den Waffen greifen. Auch die Bundespolizei nahm daran teil.

Ziel von EUBAM Libyen war damals der Aufbau von „Grenzschutztruppen“, wofür die libysche Regierung eine paramilitärische Gendarmerie geschaffen hatte. Diese gut ausgerüstete Truppe ist zwar dem Verteidigungsministerium unterstellt, übernimmt aber Aufgaben im Innern.

Ursprünglich war sogar geplant, die Lagezentren der libyschen „Grenzschutztruppen“ an das Überwachungsnetzwerk EUROSUR anzuschließen, das vom Hauptquartier der EU-Grenzagentur Frontex in Warschau betrieben wird.

Außer der Verhinderung von Migration wollte die EU-Mission in Libyen den Terrorismus bekämpfen. Nur im Kleingedruckten fand sich der Hinweis, dass sensible Infrastruktur, also auch westliche Ölanlagen, gesichert werden sollen.

Vor zwei Jahren war die 60 Millionen Euro teure Mission kläglich gescheitert. Lediglich die Zusammenarbeit der italienischen und libyschen Küstenwache wurde als positiv bewertet. Das war die Zeit als bekannt wurde, dass Italien in sogenannten „Push back Operationen“ auf hoher See illegale Zurückweisungen vornimmt. Die Richtung EU Geflüchteten wurden dabei auf die Schiffe der befreundeten libyschen Küstenwache verladen und zurück gebracht.

Trotz dem Scheitern von EUBAM Libyen wurde die EU-Mission nicht aufgelöst, sondern nach Tunesien auf Stand-by geschickt. Nun ist wohl der Zeitpunkt gekommen, die Operation fortzuführen. Eine direkte Intervention in Libyen ist der EU derzeit nicht möglich, umso interessanter wird die Zusammenarbeit mit den umliegenden Staaten Ägypten, Algerien, Niger und Tunesien.

Die Regierung Tunesiens hat soeben den Bau einer 168 Kilometer langen und zwei Meter hohen militärischen Sperranlage zur libyschen Grenze fertig gestellt. Das Auswärtige Amt verschenkte hierfür 50 hochwertige Wärmebildkameras und anderes Gerät. Weitere Überwachungstechnik und Militärhilfe aus Deutschland und den USA ist laut Medienberichten versprochen.

Seit dem „Arabischen Frühling“ unterstützt die Bundesregierung tunesische Behörden in einer sogenannten „Sicherheitssektorreform“. Ziel von Kooperationen der Bundespolizei ist die Verhinderung unerwünschter Migration auf dem Land- und Seeweg nach Europa. Das Bundeskriminalamt schult seine Partner auch zu „Terrorismusbekämpfung“, der Bundesnachrichtendienst und der Verfassungsschutz geben Workshops zu dem Thema „Nachrichtendienste in einer Demokratie“.

Aus Deutschland, Frankreich, Italien und den USA kommt derzeit immer mehr Druck für eine neue Intervention in Libyen. Unter dem Deckmantel der Bekämpfung von „Schleppern“ und „Schleusern“ hat die Europäische Union bereits starke militärische Verbände vor der libyschen Küste zusammengezogen. Die Kriegsschiffe und -flugzeuge der Mission EUNAVFOR MED dienen aber zuallererst der Aufklärung bis tief ins Landesinnere hinein. Sie sollen Maßnahmen der EU oder einzelner Mitgliedstaaten in Libyen anbahnen. An dieser Stelle soll nicht verschwiegen werden, dass auch die griechische Tsipras-Regierung sich mit einem U-Boot an EUNAVFOR MED beteiligen will.

EUNAVFOR MED steht kurz vor der Phase des Eindringens in libysche Hoheitsgewässer. Dies würde den Bürgerkrieg enorm anheizen, denn die beiden konfligierenden Regierungen Libyens haben für den Fall der Verletzung ihrer Souveränität bereits drastische Reaktionen angedroht. Fünf Jahre nach der Intervention der NATO und dem Auseinanderbrechen des Staates gießt die EU, allen voran der Mitgliedstaat Deutschland, also wieder Öl ins Feuer.

Nun heißt es, dass EUNAVFOR MED in naher Zukunft die militärische Küstenwache Libyens ausbilden könnte. Damit würde erneut jenes Militär gestärkt, das für die Verhinderung von Migration auf dem Seeweg zuständig ist. Noch mehr Menschenrechtsverletzungen und riskantere Überfahrten von Geflüchteten wären die Folge, es könnten noch mehr Menschen auf dem Mittelmeer ertrinken.

Faktisch würde die Ausbildung der libyschen Grenzbehörden aber die Netzwerke stärken, die den Geflüchteten horrenden Summen für die Überfahrten abpressen und sie oft in seeuntüchtige Boote zwingen. Das sagt sogar Frontex!

Denn die EU-Grenzagentur erklärte vor wenigen Wochen in einem Bericht, dass die „Schleusernetzwerke“ in Libyen aus aktiven und ehemaligen

Angehörigen von Militär und Polizei bestehen. Sie seien hierarchisch organisiert und als kriminelle Organisation zu betrachten.

Hier wird endgültig klar, dass die Bekämpfung von „Schleusern“ nur ein Vorwand für die Abwehr von Geflüchteten ist – notfalls militärisch. Die EU will also ausgerechnet jene Verbände ausbilden, zu deren angeblichen Bekämpfung sie neun Schiffe und U-Boote, zwölf Flugzeuge und Drohnen sowie weiteres Gerät vor der libyschen Küste zusammengezogen hat.

Wir hingegen fordern legale Zugangswege für Geflüchtete in die Europäische Union. Denn damit hätte sich der Spuk von „Schleppern“ und „Schleusern“ über Nacht erledigt, niemand würde mehr ertrinken müssen und obendrein sind Fährtickets deutlich billiger als die Tarife der Banden libyscher Militärs und Polizeien.

Fähren statt Frontex und Militär auf dem Mittelmeer!